



T +41 31 3266607
E gaelle.lapique@gruene.ch

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
3003 Bern
M21-24@eda.admin.ch

23. August 2019

Internationale Zusammenarbeit 2021-2024; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Cassis
Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zu den Bundesbeschlussentwürfen und zum erläuternden Bericht über die internationale Zusammenarbeit 2021-2024 haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage äussern zu dürfen.

1. Allgemeine Beurteilung

Die GRÜNEN begrüßen die Durchführung einer ordentlichen Vernehmlassung zur internationalen Zusammenarbeit. Diese zeigt, dass die Aussenpolitik nicht einfach von Regierung und Verwaltung definiert und vom Parlament abgesegnet wird.

Die GRÜNEN stellen aber mit Bedauern fest, dass sich die internationale Zusammenarbeit (IZA) künftig nach dem Grundsatz «Switzerland First» richten soll. Das in der Verfassung festgeschriebene Ziel der Armutsbekämpfung wird so unterlaufen.

Die Schweiz hat massgeblich zur Erarbeitung der Agenda 2030 und deren Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beigetragen. Sie hat auch das Pariser Klima-Abkommen mitgeprägt und ist entsprechende Verpflichtungen eingegangen. Diese beiden internationalen Abkommen gründen auf den Prinzipien der Solidarität und der Zusammenarbeit. **Auch vor diesem Hintergrund kritisieren die GRÜNEN, dass nun weder genügend Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei deren Massnahmen zur Emissionsreduktion und Klimaanpassung, noch zur wirkungsvollen Umsetzung der Agenda 2030 vorgesehen sind. Die GRÜNEN kritisieren zudem, dass das Budget der Entwicklungszusammenarbeit für die Umsetzung der Klimaziele eingesetzt werden soll.** Die Umsetzung der Ziele muss mit komplementären Mitteln finanziert werden – wie dies das Pariser Klima-Abkommen im Übrigen auch vorsieht.

Die GRÜNEN fordern, dass die Schweiz ihre Verantwortung wahrnimmt. Als eines der stabilsten und reichsten Länder ist sie verpflichtet, sich wirkungsvoll einzusetzen, wo geopolitische, klimabedingte und wirtschaftliche Krisen zu Armut, Gewalt und Ausgrenzung führen.

2. Ziele der IZA

Es braucht präzise formulierte Ziele, die den Interpretationsspielraum da einschränken, wo Entscheide regelmässig zugunsten der Schweizer Wirtschaft statt zugunsten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern gefällt werden. Die GRÜNEN stellen fest, dass die vorliegende Version sich hauptsächlich vom Prinzip «Switzerland first» leiten lässt und stark auf die Reduktion der Einwanderung aus dem globalen Süden fokussiert. **Der Solidaritätsgedanke ist nicht präsent.** Das ist aus grüner Sicht falsch und unverantwortlich.

Die Ziele der IZA sind auf die Prävention und Reduktion von Armut auszurichten – in einer Form, die vor allem denjenigen zugutekommt, die wenig Entscheidungsmöglichkeiten und kaum Zugang zu Ressourcen haben und somit ihre Grundrechte nicht einfordern können. Nur so können die kleinräumigen ebenso wie die regionalen und globalen strukturellen Ursachen von Armut und Gewalt angegangen werden.

Die IZA ist Teil einer vielschichtigen Aussen- und Innenpolitik. **Umso wichtiger ist es für die GRÜNEN, dass die Politikkohärenz gegeben ist. Dass also Innen- wie auch Aussenpolitik eine nachhaltige Entwicklung fördern. Jetzt müssen die realen und potentiellen Interessenkonflikte offengelegt und zielführende Anstrengungen für mehr Kohärenz unternommen werden. Nur so kann die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen, die sie beispielsweise mit der Agenda 2030 eingegangen ist, auch wirklich einhalten.**

Im Folgenden wird spezifisch auf einzelne Punkte des erläuternden Berichts zur internationalen Zusammenarbeit 2021-2024 eingegangen. Darüber hinaus verweisen die GRÜNEN auf die Stellungnahme und Bemerkungen von Alliance Sud und Swissaid.

Für die GRÜNEN lautet die zentrale Frage, wie die IZA 2021-2024 in Sinne der bestehenden Leitprinzipien Neutralität, Solidarität und Universalität organisiert und ausgerichtet sein soll. **Dabei sollen in erster Linie die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 als integraler Referenzrahmen der IZA 2021-2024 gelten. Die Schweiz hat versprochen, sich national und international für die Erreichung der SDGs einzusetzen. Alle Ziele, Schwerpunkte und Kriterien müssen also damit vereinbar sein.**

3. Grüne Prioritäten

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die im erläuternden Bericht des Bundes aufgeführten Schwerpunkte (Schaffung von Arbeitsplätzen, Bekämpfung des Klimawandels, Migration, Rechtsstaatlichkeit und Frieden) das Schwergewicht auf die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der Armut legen sollten und nicht nur auf die Linderung der Symptome. Um den Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung gerecht zu werden, ist es unerlässlich, die folgenden Punkte in den Vordergrund zu rücken:

- Eine menschenrechtskonforme gesellschaftliche Entwicklung impliziert die **Armutsbekämpfung**, insofern soll diese das übergeordnete Ziel der IZA bleiben.
- Das Ziel zu Frieden und Gouvernanz kann nur erreicht werden, wenn die Stärkung der Zivilgesellschaft (entgegen der Politik des «shrinking civil space») als fester Bestandteil der IZA verstanden wird. Das Ziel ist entsprechend zu ergänzen (siehe auch nächster Punkt).
- Die **Einhaltung der Menschenrechte** soll als explizites Ziel bestehen und wegweisend für die politische Kohärenz sein.

- **Geschlechtergerechtigkeit** ist momentan unter dem Ziel «Frieden und Gouvernanz» subsumiert und wird hier nur zusammen mit dem Thema Menschenrechte behandelt. Dies kommt einem klaren Bedeutungsverlust des Themas gleich. Die Gendergerechtigkeit muss, wie es sowohl die SDGs als auch die EDA-Genderstrategie vorsehen, unbedingt wieder als Querschnitt-Thema berücksichtigt werden.
- Das Ziel zur wirtschaftlichen Entwicklung muss ergänzt werden mit dem Begriff der **Arbeit in Würde** (entsprechend der ILO-Standards). Gerade in Entwicklungsländern, wo die Wirtschaft stark vom informellen Sektor geprägt ist, muss die Schaffung von menschenwürdigen Verdienstmöglichkeiten und eines Systems der sozialen Sicherheit, das auf den Menschenrechten basiert, das wichtigste Ziel sein.
- Die **Ernährungssouveränität** ist im vorliegenden Bericht vergessen gegangen. Das Recht der Bäuerinnen und Bauern auf Landnutzung, Bildung, politische Mitbestimmung und Zugang zu Produktionsmitteln, zum Markt, zu Kapital, zu Boden und Saatgut findet daher auch keine Erwähnung, obschon die Schweiz über eine grosse und international anerkannte Expertise im Bereich Landwirtschaft (z.B. mit dem FiBL, u.a. in Agroökologie, *disaster risk reduction* usw.) verfügt. Die Landbevölkerung soll als zentrale Akteurin bei der Umsetzung der SDGs und der Klimaziele ernst genommen und entsprechend als zentrale Zielgruppe berücksichtigt werden.

4. Politische Kohärenz

Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern liegt auch in der Verantwortung anderer Departemente und Fachbereiche. Die allgemeine Kohärenz der Politik zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung muss daher verstärkt werden. Die Handelspolitik sowie die Steuer- und Finanzpolitik der Schweiz müssen den Erfordernissen der Agenda 2030 angepasst werden.

Wie wenig kohärent die Aussenpolitik gestaltet ist, zeigt sich unter anderem bei der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie: Bei Freihandelsabkommen wird diese Strategie beispielsweise nur am Rande und ohne weitere Konsequenzen erwähnt. Dass diese Strategie beim EDA angesiedelt ist, darf den anderen Departementen keinen Freipass geben, sie nicht umzusetzen.

Um genau solche Interessenkonflikte zu lösen, braucht es griffige Instrumente und transparente Kriterien zur Koordination und Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechte. **Eine unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) gemäss den Pariser Prinzipien ist auch für eine zukunftsweisende IZA relevant**, weil sie mit ihren konkreten Erfahrungen und ihrem *Know-How* zur guten Umsetzung der IZA-Strategie bezüglich der Menschenrechte beitragen kann.

5. Klima

Der Bund darf nicht die für die Entwicklungszusammenarbeit budgetierten Mittel in Anspruch nehmen, um seinen anderen internationalen Verpflichtungen, insbesondere betreffend des Pariser Klimaabkommens, nachzukommen.

6. Geographische Konzentration

Die GRÜNEN stehen dem Rückzug aus Lateinamerika kritisch gegenüber. Die DEZA- und NGO-Programme sind dort innovativ, professionell und in der lokalen Bevölkerung gut verankert. Das bedeutet auch eine Anerkennung der Schweiz als verlässlicher Partner: Vertrauenskapital mit Regierung und Zivilgesellschaft wurde jahrzehntelang aufgebaut. Der Rückzug, und dies ohne Begründung, bedeutet damit einen Verlust von kulturellem, sozialem, bildungsbezogenem Kapital (*Know-How*, Netzwerke, usw.) und schwächt die NGOs in der Schweiz und in den Partnerländern.

Die GRÜNEN sind nicht per se gegen Konzentration, aber diese muss auf klare Kriterien für die Fokussierung basieren, welche hier nicht vorliegen.

7. Privatwirtschaft

Die GRÜNEN anerkennen die Bedeutung des Privatsektors als Teil der internationalen Zusammenarbeit: Der Privatsektor kann und muss einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Innerhalb des Privatsektors gibt es indes grosse Unterschiede betreffend die Einhaltung von Menschenrechten oder der Compliance. Insofern ist es grundlegend, dass die IZA die Partnerschaften mit Unternehmen in den Entwicklungsländern nach den Grundprinzipien ausrichtet, dass im Zentrum die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und existenzsichernder Einkommen statt Gewinn und Wachstum stehen muss.

Das EDA setzt *Private Public Partnerships* (PPPs) seit Jahren erfolgreich um. Aufgrund der hohen Korruptionsanfälligkeit ist für die GRÜNEN aber klar: PPPs sollen zuerst die lokalen KMUs unterstützen, die im Sinne der Agenda 2030 wirtschaften. Insbesondere soll die IZA bei der Wahl der Partnerschaften die Einhaltung der internationalen Normen für Menschenrechte und Umweltschutz sowie die Kontrollmöglichkeiten/Sorgfaltsprüfung ins Zentrum stellen. Dabei ist auf jeden Fall sicherzustellen, dass die Partnerschaften nicht zu einer Verschuldung und zu einer grösseren Nord-Süd-Abhängigkeit führen. Die PPPs sollen stattdessen Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort schaffen und somit der lokalen Entwicklung dienen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich am Rande der PPPs auch der informelle Sektor verbreitet. Die GRÜNEN fordern daher, dass sich die PPPs auch für die soziale Sicherheit einsetzen, insbesondere für Frauen, die weltweit den grössten Teil der informellen Arbeit erbringen.

8. Finanzrahmen ungenügend

Die IZA muss ausgebaut werden. Und sie darf es sich keinesfalls zur Mission machen, die irreguläre Migration zu begrenzen. Die Grünen kritisieren in diesem Zusammenhang im Übrigen auch die Praxis, dass die Ausgaben für den Asylbereich im Inland an die IZA-Quote angerechnet werden.

Aus Sicht der GRÜNEN sind die Mittel für die Umsetzung der IZA 2021-2024 ungenügend. Der vorgeschlagene Finanzrahmen widerspricht dem Bundesbeschluss von 2010, die Finanzierung der IZA auf 0,5 Prozent des BNE anzuheben. Zudem kommt die Schweiz mit diesem Finanzrahmen auch ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach. **Die GRÜNEN fordern, dass der Finanzrahmen der IZA 2021-2024 in Übereinstimmung mit dem Beschluss von 2010 auf mindestens 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens angehoben wird und dass die Schweiz aktiv den international anerkannten Zielwert von 0,7 Prozent anstrebt** – wie sie sich international schon vor langer Zeit dazu verpflichtet hat.

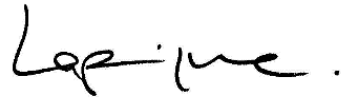
Zudem empfehlen die GRÜNEN, dass die Kriterien für die Verwendung der IZA-Gelder klar festgelegt werden, um zu verhindern, dass das Geld dort investiert wird, wo die Agenda 2030 am wenigsten berücksichtigt wird, also zum Beispiel in Projekten der grossen multinationalen Konzerne. Die GRÜNEN plädieren dafür, einen Anteil festzulegen, der für die Menschenrechtsförderung und den Klimaschutz in den jeweiligen Ländern eingesetzt wird. Dafür sind transparente Kriterien auszuarbeiten. Für die GRÜNEN ist klar, dass Finanzhilfe der IZA genderspezifisch ausgewiesen werden soll, zumal die IZA des EDA auch auf langjährige Erfahrungen mit Gender Budgeting zurückblicken kann. Dieses effiziente Gouvernanzinstrument für Geschlechtergerechtigkeit wird bei Weitem nicht überall angewendet, insbesondere fehlt eine konkrete Umsetzung bei den PPPs, wenn es um die Verteilung der Gewinne geht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Fraktionspräsident



Gaëlle Lapique
Fachsekretärin

grüne / les verts / i verdi
waisenhausplatz 21 . 3011 bern . schweiz